

24. März 2021

ASSAULTING IDENTITY: CHINA'S NEW COERCIVE STRATEGIES IN TIBET

Zusammenfassung

Auf dem siebten Tibet-Arbeitsforum im August 2020 leitete die KPCh eine neue Tibet-Strategie ein: Ein hochrangiges Gremium unter der Leitung von Xi Jinping legte die Ausrichtung der Tibet-Politik für die nächsten fünf bis zehn Jahre fest. Das Forum beschloss eine Ausweitung und Intensivierung der Zwangsmaßnahmen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in Tibet mit dem Ziel, „Abstammungslinien zu unterbrechen, Wurzeln zu zerstören, Beziehungen zu zerschlagen und Herkunft auszulöschen“.¹ Um dies zu erreichen, setzt die KPCh auf eine Kombination aus systematischen Maßnahmen. Diese beinhalten die ideologische Indoktrination in der Kindheit, die Umstrukturierung und den Abbau der ländlichen Wirtschaft durch Massenumsiedlungen, Arbeitsmobilisierungs- und Transferprogramme sowie eine systematische Intensivierung der datengesteuerten Polizeiarbeit und Überwachung.

Die Ziele hinter diesen Maßnahmen verschleiert die chinesische Regierung durch Worthülsen wie „Modernisierung“, „wirtschaftliche Entwicklung“, „Armutsbekämpfung“, „Ausbildung von Arbeitskräften“ und „bilinguale Erziehung“. Unbeschönigter äußerte sich der Parteichef der Autonomen Region Tibet (TAR) Wu Yingjie, als er am 31. Dezember 2020 erklärte, dass die offizielle Priorität die "Kontrolle des Bauches" und die "Kontrolle der Gedanken" sei.² Die tibetische Bevölkerung soll für die Sicherung ihres Lebensunterhalts stärker vom Staat abhängig gemacht werden, um eine vollständige Kontrolle zu gewährleisten. Tibeter*innen sollen den chinesischen Kulturnationalismus gemäß des Konzepts "Zhonghua minzu"³ verinnerlichen. Ding Yexian, ein hochrangiger Beamter in der TAR und Leiter eines Parteigremiums für Bildung, beschrieb die von Xi Jinping angeordnete Kampagne mit den Worten: „Die sozialistische Ideologie mit chinesischen Merkmalen der neuen Ära prägt den gesamten Prozess der Formung der Seele und Erziehung der Menschen an der Basis.“⁴

Die tibetweiten Proteste im Jahr 2008 zeigten, dass der tibetische Widerstand gegen die chinesische Herrschaft trotz jahrelanger systematischer Unterdrückung durch Peking weiterhin stark in den Menschen verankert ist. Die chinesische Führung entschied sich daher für einen Kurswechsel: von der bloßen Unterdrückung abweichender Ansichten

¹ Dieser Begriff wurde in verschiedenen offiziellen Dokumenten verwendet, um die Ziele in Xinjiang zusammenzufassen, und gilt gleichermaßen für die Strategien der KPCh in Tibet. Zitiert von Adrian Zenz in 'Break Their Roots: Evidence for China's Parent-Child Separation Campaign in Xinjiang', Journal of Political Risk, Vol. 7, No. 7, July 2019, http://www.jpolarisk.com/break-their-roots-evidence-for-chinas-parent-child-separation-campaign-in-xinjiang/#_ftn145 Dr. Zenz zitierte einen Artikel auf der Website der Regierung von Kashgar in Xinjiang vom 2. März 2018, archiviert unter: <https://web.archive.org/web/20180813115300/http://www.kashi.gov.cn/Government/PublicInfoShow.aspx?ID=2851>. Siehe auch Human Rights Watch, 'Eradicating Ideological viruses', 9 September 2018, https://www.hrw.org/report/2018/09/09/eradicating-ideological-viruses/chinas-campaign-repression-against-xinjiangs#_ftn232

² Wu Yingjie, Parteisekretär der TAR, sprach am 31. Dezember 2020 auf einer "Sitzung des Ständigen Ausschusses des Kreispartei Komitees zur Vermittlung und zum Studium des Geistes der Zentralen Landarbeiterskonferenz; zur Vermittlung und zum Studium der wichtigen Rede des Generalsekretärs Xi Jinping auf der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh über das demokratische Leben und die Politik des Zentralkomitees der KPCh". Tibet Daily, wiedergegeben auf einem offiziellen Social-Media-Account (QQ), https://mp.weixin.qq.com/s/h6X53teYX3jtkZn0_v1o5g, archived at: <https://archive.vn/xQgyS>

³ Ein Name für die chinesische Zivilisation, der sich auf den kulturellen Nationalismus bezieht, der nun der Leitfaden der "ethnischen" Arbeit für die KPCh darstellt.

⁴ 24 März 2019, http://epaper.chinaitibetnews.com/xzrb/html/2019-03/24/content_881798.htm

hin zu einer Strategie der „Prävention“. Anstatt lediglich auf Ereignisse zu reagieren, die bereits passiert waren, versuchen chinesische Beamte nun präventiv jedes Zeichen vermeintlicher Opposition oder auch nur milder Kritik zu bestrafen. Die Absicht dahinter ist, die Denk- und Handlungsweise der Tibeter*innen so zu verändern, dass Tibeter*innen allen Maßnahmen der KPCh Folge leisten. Das Ziel: eine Gesellschaft zu schaffen, in der es nicht nur keinen Widerspruch gibt, sondern der Gedanke hieran nicht einmal aufkommt. Um dies zu erreichen, liegt der Schwerpunkt der KPCh zunehmend auf Techniken der Indoktrination und der „Gedankenkontrolle“.

In Tibet besteht ein System der absoluten Kontrolle und kulturellen Auslöschung, welches sich durch das gesamte Leben zieht. Methoden der „Gedankenkontrolle“ beginnen bereits in jungen Jahren: Tibetische Kleinkinder werden in Hunderten von Kindergärten in ganz Tibet einer ideologischen Erziehung unterzogen. Solche Maßnahmen wurden von Xi Jinping priorisiert und in der Autonomen Region Tibet unter der Führung von Wu Yingjie mit Eifer umgesetzt, um die Loyalität einer neuen Generation zur KPCh zu sichern.

Die Konformität und Loyalität gegenüber der KPCh kann jedoch nicht allein durch Indoktrination erreicht werden, insbesondere in einer widerstandsfähigen Bevölkerung mit einem tief verwurzelten Sinn für kulturelle und religiöse Identität. Daher liegt ein weiterer Fokus auf die Umgestaltung der ländlichen Wirtschaft sowie der Lebensgrundlagen der Tibeter*innen. Auf dem gesamten Tibet-Plateau führt die KPCh ein Programm zur „Mobilisierung von Arbeitskräften“ durch, das zum Auseinanderbrechen ländlicher tibetischer Gemeinschaften und zur Zerstörung traditioneller Lebensgrundlagen beiträgt. Laut offiziellen Zahlen – welche aufgrund von Quotenvorgaben allerdings nur bedingt vertrauenswürdig sind – wurden allein in den letzten fünf Jahren 2,8 Millionen Tibeter*innen vom Agrarsektor in die Sekundär- und Tertiärindustrie in städtische Gebieten „transferiert“. Die Umsiedlungen umfassen zahlreiche Projekte, die Chinas strategischen und wirtschaftlichen Zielen nützen, etwa Wasserkraft- oder Bergbauprojekte.

Dieser Transfer von Tibeter*innen vom Land in die Stadt hat verheerenden Auswirkungen: Die Umsiedlung der tibetischen Landbevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten führte dazu, dass eine große Anzahl von Hirt*innen und Nomad*innen „sesshaft“ gemacht wurde. Diese Tibeter*innen müssen nun in Plattenbauten in halbstädtischen Gebieten leben – weit weg von ihren Weideflächen, ohne die Möglichkeit sich und ihre Familien zu versorgen. Sie werden nun von den Behörden als "überschüssige" ländliche Arbeitskräfte bezeichnet, die nun in „Ausbildungs“-Programmen und neuen städtischen Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Diese Arbeitsprogramme zielen nicht nur auf Tibeter*innen in ländlichen Gebieten ab, sondern auch auf politische Gefangene und entlassene Häftlinge, die die chinesische Regierung aufgrund ihrer Ansichten als „Bedrohung“ für den chinesischen Staat ansieht. Die Programme priorisieren die chinesische Sprache und sehen als Häftlingsarbeit Projekte etwa im Baubereich vor. In der militarisierten Zone Nyingtri (chinesisch: Linzhi) nahe der tibetisch-indischen Grenze finden solche Programme ebenfalls statt.

Als Teil der umfassenden Bemühungen, Verbindungen zu trennen, Abstammungslinien zu unterbrechen, Lebensstile zu zerstören sowie Loyalitäten zu zerschlagen hat die KPCh vor allem ihren politischen Kreuzzug gegen die Religion verstärkt. Damit greift sie den Kern der tibetischen Identität an. Parteikader Wu Yingjie will den religiösen Glauben „vom Leben“ trennen und den Einfluss des Dalai Lama vollständig beseitigen. In den Ausbildungseinrichtungen ist Religionskritik ein zunehmend wichtiges Thema, sie ist Teil der obligatorischen politischen Erziehung der Partei in Dörfern, Wohnvierteln, Schulen und an Arbeitsstätten. Tibetische Mönche und Nonnen werden harten "Umerziehungs"-Kampagnen unterworfen. Einige Berichte bezeugen die Inhaftierung, Folter und Vergewaltigung tibetischer Nonnen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, einen "sinisierten" offiziellen Buddhismus zu schaffen, der sich vom Dalai Lama distanziert – mit der Absicht, dass künftige Generationen den Dalai Lama als Feind verinnerlichen.

Diese neue Phase der Zwangsassimilation stellt eine eskalierte Stufe der Bedrohung für die sprachliche, kulturelle und religiöse Identität Tibets dar. Sie geht damit weit über frühere politische Kampagnen und Maßnahmen hinaus.

Diese neue Strategie folgt damit den Ansätzen, die bereits in Ostturkestan (chinesisch: Xinjiang) angewendet werden. Xinjiang und Tibet sind gegenseitige Versuchslabore: Die KPCh testete ihre unterdrückerischen und dystopischen Kontrollmaßnahmen zuerst in Tibet, entwickelte diese dann in Xinjiang fort und wendet sie nun wieder in Tibet an. In Ostturkestan sind Uiguren Masseninternierungen und Zwangsarbeit unterworfen, Teile dieser Maßnahmen finden sich nun auch in tibetischen Gebieten. Ein umfassendes Netzwerk miteinander verbundener politischer Mechanismen und Einrichtungen, die jetzt in Tibet in Betrieb sind, zielen darauf ab, den Einfluss der KPCh auf das Leben der Menschen noch weiter auszuweiten. Wie in den uigurischen Gebieten führte die chinesische Regierung auch in Tibet eine zunehmend perfektionierte Überwachung des Alltagslebens der Tibeter*innen ein – inklusive datengesteuerter präventiver Polizeiarbeit.

Diese Maßnahmen gehen einher mit den Bemühungen Pekings, bei den Vereinten Nationen eine Vision der „Nicht-einmischung“ durchzusetzen, um demokratische Prinzipien, Menschenrechtsstandards und Verantwortlichkeit auf globaler Ebene weiter zu untergraben. Dies dient dazu, einen der wichtigsten Mechanismen zu schwächen, der Demokratie zur Verfügung steht, um Regierungen für ihre Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Bemühungen Pekings haben eine Situation geschaffen, in der massiven Menschenrechts-Verletzungen in Tibet nicht mit einer koordinierten internationalen Antwort oder Bestrafung begegnet wird. Aus diesem Grunde bleiben auch die Forderungen von mehr als 50 VN-Experten nach einer Einrichtung eines unabhängigen Überwachungsmechanismus zur Beurteilung der Menschenrechtsverletzungen in China und Tibet ungehört.⁵ Repressalien gegen Menschenrechtsverteidiger sind zur traurigen Routine geworden.⁶

Haupterkenntnisse

1. FORMUNG EINER NEUEN GENERATION VOM KINDESALTER AN

- Neue Methoden der "Gedankenkontrolle" werden schon von klein auf eingeführt. Zunehmend mehr tibetische Kleinkinder werden tibetweit in Kindergärten einer ideologischen Erziehung unterworfen.
- Politische Erziehung im „militärischen Stil“ steht nun auf dem Lehrplan der Kindergärten. Tibetische Kleinkinder müssen chinesische Militäruniformen tragen und mit Armeepersonal marschieren. Zeremonien zum Hissen der chinesischen Flagge und das Singen der Nationalhymne unter Anleitung der tibetischen Polizeiakademie gehören ebenfalls dazu.
- Die staatlich geführten Kindergärten in Tibet sind „zweisprachig“, was in der Praxis bedeutet, dass dem chinesischen Sprachunterricht Vorrang vor dem tibetischen gewährt wird. Den tibetischen Kindern wird dadurch das Recht auf Lernen und Verstehen ihrer Muttersprache, einem Kernelement der tibetischen kulturellen Identität, vorenthalten. Dies hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Familien: Kinder, die aus Internatsschulen nach Hause kommen, sind häufig nicht mehr in der Lage mit ihren Großeltern zu sprechen, da diese kein Chinesisch sprechen.
- Immer mehr Tibeter*innen werden in Internatsschulen geschickt, wo sie zu Überwachungszwecken mit chinesischen Lehrer*innen und Schüler*innen zusammenleben. Oft wird von ihnen verlangt, dass sie die „ethnische Einheit“ wahren und als patriotische Bürger*innen leben. Dies erinnert an die Politik der einstigen Kolonialmächte, welche indigene Kinder in Australien, Kanada und den USA gewaltsam verschleppten, um sie in die "Siedler"-Gesellschaft zu assimilieren.

⁵ OHCHR, 'UN Experte fordern entschiedene Massnahmen zum Schutz der Grundfreiheiten in China'. 26. Juni 2020, [https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26006#:~:text=OHCHR%20%7C%20UN%20experts%20call%20for,protect%20fundamental%20freedoms%20in%20China&text=GENEVA%20\(26%20June%202020\)%20%E2%80%93,oF%20fundamental%20 freedoms%20in%20China](https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26006#:~:text=OHCHR%20%7C%20UN%20experts%20call%20for,protect%20fundamental%20freedoms%20in%20China&text=GENEVA%20(26%20June%202020)%20%E2%80%93,oF%20fundamental%20 freedoms%20in%20China)

⁶ Human Rights Watch, 'The Costs of International Advocacy: China's Interference in United Nations Human Rights Mechanisms' 5. September 2017: <https://www.hrw.org/report/2017/09/05/costs-international-advocacy/chinas-interference-united-nations-human-rights>

2. ARBEITSTRANSFERPROGRAMME UND UMSTRUKTURIERUNG DER LÄNDLICHEN GEMEINSCHAFT

- Zwischen 2015 und 2020 wurden laut offiziellen Medien über 2,8 Millionen Bäuer*innen und Hirt*innen in Tibet aus dem landwirtschaftlichen Sektor in die sekundäre und tertiäre Industrie in städtischen Gebieten „transferiert“, 604.000 davon allein im Jahr 2020.
- In der TAR gab Anfang 2019 147 Unternehmen, die in der „Berufsbildungsindustrie“ tätig waren. In Qinghai waren es Ende 2018 mehr als doppelt so viele: 332 Betriebe.
- Besonders viele Berufsausbildungsstätten gibt es in der strategisch wichtigen Region Chamdo (chinesisch: Qamdo) in der TAR. Die Zentren dort werden als „kampffähig“ bezeichnet und stehen an vorderster Front der Bemühungen der Behörden um „patriotische Erziehung“.
- In der tibetisch-autonomen Präfektur Nyingtri (chinesisch: Linzhi oder Nyingchi) gibt es eine Vielzahl von Berufsausbildungsinstituten und -unternehmen. Die Präfektur ist stark militarisiert und liegt jenseits der Grenze zum indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh.
- Das Programm zielt auf derzeitige und ehemalige tibetische Inhaftierte, sowie auf Hirt*innen und Bäuer*innen ab, um "Stabilität zu gewährleisten", sie als "Belastung" für die Partei zu bekämpfen und ihnen zu helfen, "danach zu streben, gute Bürger*innen zu werden."
- Politische Umerziehung ist das Herzstück des Programms: In einigen Zentren nimmt sie mit 70 Prozent den Großteil der Ausbildung ein.
- Das Programm konzentriert sich auf die Entwicklung von Fertigkeiten auf niedrigem Niveau und fördert tibetische Lebensgrundlagen nicht, bei denen Tibeter*innen einen wesentlichen Vorteil hätten, etwa die Woll- oder Milchproduktion.
- Der Prozess des „Arbeitstransfers“ wird dazu genutzt, um die tibetische Sprachausbildung weiter zu untergraben.

6. ENTFERNUNG DER RELIGION AUS DEN HERZEN DER BUDDHISTEN

- Unter Wu Yingjies Führung gibt es einen neuen Fokus, den Dalai Lama von der Religion zu trennen. Tibetische Buddhisten sollen laut Wu die „Religion vom Leben“ trennen. Diese Verschiebung stellt eine letzte, gefährliche Stufe in den Bemühungen der Partei dar, den tibetischen Buddhismus zu „sinisieren“ und die tibetischen Gedanken zu „kontrollieren“.
- Berichte über Folter, sexuellen Missbrauch und Inhaftierung in Einrichtungen zur „Transformation durch Erziehung“ sind äußerst beunruhigend. Diese Einrichtungen zielen auf tibetische Mönche und Nonnen ab und sollen diese im Sinne der Partei umerziehen.
- Gläubige Tibeter*innen werden gezwungen, den Dalai Lama zu verleumden und politische Propaganda der KPCh auswendig zu lernen.
- Freigelassene Mönche und Nonnen werden in ihren Rechten weiter eingeschränkt. Unter anderem ist ihnen verboten, sich anderen Klöstern anzuschließen oder an einen anderen Ort umzuziehen. Als ungebundenes "mobiles religiöses Personal" dürfen sie in der TAR nur mit einer Sondergenehmigung religiösen Praktiken in der Öffentlichkeit durchführen.